

Nato und EU gegen Russland zulasten der Ukraine

Vermutlich sollte man Nachrichten immer in einen historischen Hintergrund einbetten, um die grossen Zusammenhänge zu sehen, sie richtig einzuordnen und zu interpretieren. Wenn Nachrichten zur Hauptsache aus selektiv gewählten isolierten Momentaufnahmen mit viel wertenden Adjektiven dargebracht werden, zeugt das wohl davon, dass eine Indoktrination beabsichtigt ist – oder der Journalist schlicht selbst die Übersicht nicht hat. Hier ein Versuch, den Ukraine Konflikt in einen grösseren Rahmen zu stellen:

1. Drang nach Osten

Russland hat nie in seiner tausendjährigen Geschichte einen Krieg gegen Westeuropa begonnen. Umgekehrt wird Russland jedoch seit vielen Jahrhunderten immer wieder von Westen her überfallen:

- 1245 von deutschen Kreuzrittern
- 1612 durch die katholischen Polen
- 1759 durch die Preussen
- 1812 von Napoleon
- 1914 im 1. Weltkrieg von Deutschland und Österreich-Ungarn
- 1941 durch Nazi-Deutschland

Bei Verfolgung der geschlagenen Angreifer sind die Russen den Feinden jeweils bis nach Westeuropa gefolgt, haben sich aber immer wieder freiwillig zurückgezogen. Nach Napoleon aus Paris 1815, nach Hitler aus Wien um 1955, aus Berlin um 1990. Diese Kriege haben der russischen Bevölkerung traumatisches Leid zugefügt. Beim letzten Überfall durch deutsche Truppen hatten sie 27 Millionen Todesopfer zu beklagen, die zum Teil auf grausamste Weise ermordet wurden. 3 Millionen Russen wurden in Nazi-Gefangenschaft umgebracht, viele in Konzentrationslagern.

Nach all diesen Erfahrungen hat man in Russland selbstverständlich grösste Angst, wenn sich feindliche Truppen nahe der Landesgrenzen zusammenziehen. Obwohl man Gorbatschow beim Truppenrückzug aus Osteuropa versprochen hat, dass sich die NATO nicht nach Osten erweitere, steht die NATO Übermacht wieder direkt vor den Toren Russlands.

Die NATO ist ein Verteidigungs-Bündnis (gegen wen?) mit einem jährlichen Militärbudget von 1'000 Milliarden USD – Russland hat eines von 50 Milliarden, also ein 20-mal kleineres. Wenn NATO Staaten heute das Militärbudget noch erhöhen wollen wegen der von Russland ausgehenden Gefahr...Ohne Kommentar.

2. Stalin reorganisiert das Territorium des russischen Zarenreichs

Nachdem Lenin und Stalin das Territorium des russischen Zarenreichs übernommen haben, haben sie die alten Gouvernements aufgelöst und neue „Unionsrepubliken“ geschaffen. Die Grenzlinien dieser „Republiken“ wurden bewusst falsch gezogen,

nach dem Motto: divide et impera, teile und herrsche: Wenn man in einer Teilrepublik verschiedene Ethnien, die nichts Gemeinsames am Hut haben, zusammenwürfelt, ist die Gefahr gering, dass sie sich zusammenschliessen um vereint gegen die Zentralmacht zu rebellieren. Aus dem Gouvernement Turkestan wurden z.B. neue Republiken wie Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenien gebildet. In Usbekistan wurden Usbeken, Kasachen, Kirgisen und Tadschiken etc. zusammengefasst.

Auch die Ukraine ist ein solch stalinistisches Kunstprodukt, das es vorher nicht gegeben hat. „Ukraine“ heisst übersetzt „am Rande“. Zusammengewürfelt hat Stalin dabei:

- im westlichen Teil: katholische Territorien aus dem habsburgischen Wolhynien, Galizien und Bukowina
- in der Mitte: das im Zarenreich als „Kleinrussland“ bezeichnete Territorium, wo eine dem russischen ähnliche, im ruthenischen wurzelnde Sprache gesprochen wird, die sich von russisch etwa so unterscheidet wie Schweizerdeutsch von Hochdeutsch und wo vor allem freie Kleinbauern, Kosaken wohnten.
- im Osten: russisch-orthodoxe Territorien um Donezk (das zuvor Stalino hiess) und Lugansk, die von russisch sprechenden „Grossrussen“ dominiert sind.

Diese stalinistischen Willkürprodukte wurden nach dem Zerfall der Sowjetunion in den bestehenden Grenzen erhalten. Die Einwohner wurden nie gefragt, ob sie diesen Kunstgebilden zugehören wollen.

3. 1991: Übernahme der Stalinprodukte durch die Mitglieder des Politbüros

Oberste Führung in der Sowjetunion war das Politbüro des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Drei Mitglieder dieser Parteileitung (Jelzin, Krawtschuk und Schuschkiewitsch) haben sich 1991 in einem Wald in Weissrussland zusammengesetzt und in diesem privaten Kreis beschlossen, die Sowjetunion aufzulösen und deren Republiken unter sich aufzuteilen:

Interessanterweise waren die ersten Präsidenten dieser nun „demokratischen“ Republiken alle samt und sonders ehemalige Mitglieder des Politbüros der kommunistischen Partei:

Russland	Jelzin
Ukraine	Krawtschuk
Weissrussland	Schuschkiewitsch
Kasachstan	Nasarbajev
Usbekistan	Karimov
Tadschikistan	Machkamov
Turkmenistan	Nyyasov
Aserbaidshan	Alijev

Natürlich haben diese kollegial verbundenen Erben des stalinistischen

Vermächtnisses miteinander vereinbart, gegenseitig Bestand und Grenzen ihres Erbteils anzuerkennen. Das Volk wurde zur Grenzziehung nie befragt.

Die Krim war seit dem Untergang des osmanischen Imperiums zur Hauptsache von Grossrussen besiedelt und gehörte seither immer zu Russland. Nachdem der Ukrainer Nikita Chruschtschow sowjetischer Parteichef geworden war, schenkte er die Krim 1954 „seiner“ sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine – was damals natürlich keinerlei Bedeutung hatte, weil sowieso alle Kompetenz weiterhin beim Politbüro in Moskau lag.

Hauptproblem in all diesen Stalinrepubliken ist ein generelles:

Der Diktator hat unterschiedliche Ethnien bewusst in territorial neue Kunstgebilde zusammengefasst. Auch nach der sogenannten Befreiung wurden die einzelnen Bevölkerungsgruppen nie gefragt, ob sie weiterhin diesen Gebilden zugehören wollen. Weil die Zusammensetzung der Territorien nicht demokratisch legitimiert ist, brechen die ethnischen Konflikte nun überall auf: Von Gorni Karabach über Osch, Abchasien, Ossetien usw, besonders wenn sie von aussen mit grossem Finanzaufwand in bunten Revolutionen, die nach einem einheitlichen Schema ablaufen, angezettelt werden.

4. Umsturz in der Ukraine

Viktorija Nuland, stellvertretende US – Aussenministerin, erklärte im Dezember 2013, dass die USA bisher 5 Milliarden USD investiert haben um „der Ukraine zur Zukunft zu verhelfen die sie verdient habe“.

Als der gewählte Präsident Janukovitsch im November 2013 ein Wirtschaftsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen wollte (weil es wirtschaftlich nicht sinnvoll war), kam es zu Strassenunruhen auf dem Maidan in Kiew. Anfangs friedliche Proteste gerieten zunehmend unter die Kontrolle von gewalttätigen Nationalisten. Diese Hardliner der Partei SWOBODA sind auf die OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) zurückzuführen, deren Leiter vor dem 2. Weltkrieg Stepan Bandera war. Bandera organisierte z.B. die ukrainischen Bataillone „Roland“ und „Nachtigall“ welche in deutschen Wehrmachtsuniformen an der Seite der Nazis die Sowjetunion überfielen. Nationalistische Bandera-Milizen haben sofort nach dem Einmarsch mit Progromen gegen Juden und Russen begonnen. Für die ersten Tage nach Vertreibung der Roten Armee sind etwa 140 Progrome belegt, bei denen 13'000 bis 35'000 Russen und Juden ermordet wurden. Auf Antrag von SWOBODA Abgeordneten wurde die ehemalige Strasse des Friedens in Lemberg in „Bataillon Nachtigall“ umbenannt. Der Flughafen soll zukünftig „Stepan Bandera“ heissen. Bei der Übernahme der Demonstration auf dem Maidan sind 80 Personen erschossen worden. (Das Schema ist aus allen „bunten Revolutionen“ bekannt: Scharfschützen schiessen unter falscher Flagge auf Demonstranten und beschuldigt wird natürlich die Regierungspartei, die man absetzen will). Bis heute sind noch keine Täter zur

Verantwortung gezogen worden.

Der so an die Macht gekommene neue Präsident Poroschenko geht mit organisierten Massakern gegen die eigenen Bürger vor. Er behauptet zwar, die Gebiete um Donezk und Lugansk und seine Einwohner gehören zur Ukraine, aber er beauftragt nationalistische Freischärler und die Armee mit Flächenbombardements durch Artillerie, Mehrfachraketenwerfern und Streumunition gegen die Zivilbevölkerung. Ein Todesopfer eines solchen Angriffs, der alles andere als gezielt auf bewaffnete Separatisten geführt wurde, ist auch ein Schweizer Rot-Kreuz Mitarbeiter. Für solches Morden an der eigenen Bevölkerung hat man Saddam Hussein aufgehängt und Assad in Syrien soll vor dem Internationalen Strafgerichtshof verklagt werden.

Nun sollen nach einem neuen Dekret der ukrainischen Führung auch keine Pensionen und Sozialversicherungsgelder mehr an die Bevölkerung der umstrittenen Territorien ausbezahlt werden. Bankkonten und Karten aller dortigen Bürger sollen gesperrt werden. Die Bevölkerung soll auf den Winter hin von der Versorgung mit Elektrisch und Gas abgeschnitten werden.

Mittlerweile sind über 900'000 Ukrainer nach Russland (nicht etwa in die Westukraine) geflohen. Der Ratschluss der Regierung ist derselbe, wie derjenige Ulbrichts, als ihm die DDR Bürger wegzulaufen begannen: Man baut eine Mauer: Die Regierung hat damit begonnen, eine Mauer von 1'920 km entlang der russischen Grenze zu bauen. Die Kosten werden auf 100 Millionen Euro geschätzt. Aus dem EU-Haushalt kommen 60 Millionen Euro für eine „integrierte Grenzverwaltung“.

5. Verletzung internationalen Rechts?

Im Dezember 1994 wurde in Budapest von Beamten aus den USA, Grossbritannien und Russland ein Memorandum unterzeichnet, wonach alle Atomwaffen der Sowjetunion an Russland gehen sollen, und dieses mit den USA und Grossbritannien dafür Bestand und politische Unabhängigkeit der Republiken Kasachstan, Weissrussland und Ukraine garantiere.

Nachdem alle westlichen Garanten untätig die Vertreibung des gewählten ukrainischen Präsidenten hinnahmen und unterstützen – und damit die politischen Integritätsgarantien zur Makulatur werden liessen, fühlte sich auch Russland nicht mehr daran gebunden – umso mehr, als es im Memorandum vor allem darum ging, die Zahl der Atommächte nicht zu erweitern – nicht aber um Bevölkerungszuteilungen.

Im März 2014 wurde zum ersten Mal in der Geschichte Russlands die Bevölkerung der Krim gefragt, welchem Territorium sie zugehören wolle. Die hauptsächlich russischstämmige Bevölkerung stimmte gross mehrheitlich für die Option Russland. Am 20. März 2014 stimmte daraufhin das russische Parlament darüber ab, ob die

Krim als neues Föderationssubjekt in die Russische Föderation aufgenommen werden soll.

Russische Parlamentarier, die mit „ja“ gestimmt hatten, wurden vom Schweizer Bundesrat am 12. November aufgelistet und mit Sanktionen belegt.

Wie war's eigentlich im Kosovo? Im Jahre 1999 hat die NATO während drei Monaten Bombenangriffe auf die Republik Serbien, insbesondere auf die Hauptstadt Belgrad durchgeführt. Dabei sind schätzungsweise 3'500 Zivilpersonen und auch Kinder getötet worden. Ziel war es, die Teilrepublik Kosovo von der Republik Serbien „freizubomben“ und abzutrennen. Gab es Sanktionen gegen NATO - Verantwortliche? Nein, die Schweiz hat als einer der ersten Staaten das durch NATO Einsätze freigekämpfte Territorium Kosovo als selbständigen Staat anerkannt.

War es eine Verletzung des Völkerrechts, als 1775 nordamerikanische Aufständische im zu Grossbritannien gehörigen Territorium britische Soldaten getötet und danach am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit erklärt haben?

Es soll also Völkerrecht sein, wenn man Völker mit Waffengewalt daran hindern will, sich von einem von Diktatoren geschaffenen Gebilde loszusagen?

In Russland nennt man so etwas „Diktatorenrecht“. Zu bedauern die Völker, in denen dies „Völkerrecht“ genannt wird!

Karl Eckstein, 4. Dez. 2014